

Heiko Haumann

---

## 1917: Erfahrung und Erinnerung Was bleibt von der Russischen Revolution?<sup>1</sup>

Hundert Jahre nach der Russischen Revolution wurde seitens der politischen Führung in Moskau alles getan, um eine Erinnerung an deren Ursachen sowie die mit ihr verbundenen Hoffnungen zu vermeiden. Stattdessen stand letztes Jahr alles im Zeichen von „Eintracht und Versöhnung“: Am 4. November 2017 wurde an den Sieg über die polnische Besatzung Moskaus 1612 gedacht. Dieser beendete die damalige „Zeit der Wirren“, in der das Reich zu zerfallen und in die Hände auswärtiger Mächte zu geraten drohte. Auch die Revolution von 1917 stellte nach Meinung der politisch derzeit maßgeblichen Kräfte eine „Zeit der Wirren“ dar. Dahinter steht die Angst, es könne in Russland erneut eine Revolution geben. Nur ein autoritärer, mächtiger Staat und ein russischer Nationalismus könnten dies verhindern. Es liegt auf der Hand, dass diese Sichtweise eine Geschichtsklitterung ist und Geschichte als Legitimation für heutige politische Interessen instrumentalisiert wird. Die Russische Revolution war nicht einfach nur eine „Zeit der Wirren“ oder ein „Betriebsunfall“ in der Geschichte Russlands. Vladimir I. Lenin antwortete im Januar 1923, bereits schwer erkrankt,

mit seinem Artikel „Über unsere Revolution“ trotzigen Kritikern des Umsturzes, in der damaligen aussichtslosen Lage sei gar nichts anderes übrig geblieben, als „auf revolutionärem Wege die Voraussetzungen“ für ein besseres Kulturniveau und eine entwickelte Zivilisation „zu erringen“. Man sei nach dem Motto vorgegangen: „Zuerst stürzt man sich ins Gefecht, das Weitere wird sich finden“ (LW 33: 464f.). Und Rosa Luxemburg hatte ganz ähnlich schon 1918 – bei aller Kritik an einzelnen Maßnahmen und an der fehlenden Freiheit auch „des anders Denkenden“ – in ihrer Analyse „Die russische Revolution“ hervorgehoben, dass die Bolschewiki dem internationalen Proletariat vorangegangen seien und als bis jetzt einzige ausrufen könnten: „Ich hab’s gewagt!“ (Luxemburg 1968: 134, 141). Nach diesen Einschätzungen war die Revolution ein heroischer Versuch, weitreichende Ziele zu verwirklichen. Zudem hat sie Russland tiefgreifend und darüber hinaus die Welt verändert – denken wir nur an die internationalen Beziehungen, an den Zweiten Weltkrieg, an den „Kalten Krieg“ und an das Auseinanderfallen der Welt in zwei Blöcke, das auch innenpolitisch im „Westen“ wie im „Osten“ große Wirkung hatte. Denken wir an die Politik im „Westen“, so zu handeln, dass die Menschen nicht die Alternative einer kommunistischen Ordnung für attraktiver hielten. Oder an die zahlreichen sozialen Bewegungen und Aufstände, die

---

1 Die folgenden Ausführungen sind aus mehreren Vorträgen hervorgegangen und stützen sich, auch wenn nicht in jedem Fall darauf hingewiesen wird, weitgehend auf Haumann 2016.

sich eben doch auf das Vorbild der Russischen Revolution bezogen (Deppe 2017: 198ff.). Denken wir aber auch daran, dass die Revolution schließlich in Gewalt und Terror unterging. Und schließlich: Denken wir an die großen Hoffnungen, Sehnsüchte und Erwartungen, die mit der Revolution verbunden waren. Was also bleibt von der Russischen Revolution?

## Verlauf und Ziele der Revolution

Die Revolution wurde – zugespitzt formuliert – dadurch verursacht, dass die verantwortlichen Träger des zaristischen Herrschaftssystems nicht mehr in der Lage waren, das gesellschaftliche Potenzial angemessen zu entwickeln. Während des Russisch-Japanischen Krieges 1904/05 und während des Ersten Weltkrieges zeigte sich die Unfähigkeit der Regierung besonders deutlich. Die Autorität und Legitimation des Systems schwand. All dies leitete in die revolutionären Aufbrüche von 1905 und 1917 über. 1905 gelang es noch nicht, die aufständische Arbeiterschaft mit den rebellierenden nationalen Gruppierungen und mit der erst allmählich erstarkenden Bewegung der Bäuerinnen und Bauern zu vereinen. Während des Ersten Weltkrieges wuchs aufgrund der Überlastung der Wirtschaft und der zunehmenden Nahrungsmittelknappheit überall im Land die Kritik am zaristischen System. Ende Februar 1917 gingen dann Demonstrationen in Petrograd – wie St. Petersburg damals hieß –, in denen nicht zuletzt Frauen eine bessere Lebensmittelversorgung forderten, in eine Revolution über. Im Jahr 1917 vereinten sich – vorübergehend – Arbeiter-, Bauern-, Soldaten- und nationale Bewegungen (Haumann 2010: 251ff.)

Die Forderungen der Massenbewegungen im Revolutionsjahr spiegeln diese Einheit und zugleich die Strukturprobleme

des Landes: Brot, Land, Freiheit, Arbeiterkontrolle oder gar Selbstverwaltung in den Betrieben, Frieden ohne Annexionen, nationale Selbstbestimmung, eine neue Verfassung – bis hin zu „Alle Macht den Räten“, den Sowjets. Mit der Februarrevolution standen diese Forderungen im Raum (vgl. zum Folgenden Altrichter 2017). Nach der Abdankung des Zaren hatte sich eine „Doppelherrschaft“ gebildet: Die Provisorische Regierung bestand vorwiegend aus Ministern des liberalen Lagers und führte die Staatsgeschäfte. Die Macht lag zunächst in den Händen des Petrograder Sowjets, des Rates der Arbeiter- und Soldatendeputierten, in dem anfangs meist parteilose Anhänger\*innen gemäßiger sozialistischer Richtungen die Mehrheit hatten. Der Sowjet hätte auch die Regierung übernehmen können, verzichtete jedoch darauf: Nach traditioneller sozialistischer Vorstellung sollte erst einmal eine bürgerliche Demokratie mit kapitalistischer Wirtschaft das Land entwickeln, bevor sie vom Sozialismus abgelöst werden könne. Außerdem war man skeptisch, flächendeckend eine neue funktionierende Verwaltung aufbauen zu können. So befürwortete man eine Gewaltenteilung: Aufgründ seiner Autorität formulierte der Sowjet Grundsätze der Politik und kontrollierte die Regierung, die die notwendigen Maßnahmen im Einzelnen ergreifen sollte.

Dieser „Doppelherrschaft“ gelang es aber nicht, die Forderungen der Massenbewegungen in praktische Politik umzusetzen. Sie überließ die Entscheidungen über die wichtigsten Fragen der künftigen Verfassungsgebenden Nationalversammlung, deren Wahl sie allerdings immer wieder hinausschob. Streiks und Demonstrationen häuften sich wieder. In den Dörfern verjagten die Bäuerinnen und Bauern vielerorts die Gutsbesitzer und verteilten deren Land unter sich. In vielen Regionen garte es, die nationalen Bewegungen

meldeten nachdrücklich ihre Forderungen nach Selbstbestimmung an (Aust 2017: 113ff.). Auch als Ende April 1917 nach einer Regierungskrise Vertreter des Sowjets in die Regierung eintraten und damit die „Doppelherrschaft“ faktisch beendet wurde, änderte sich nichts Wesentliches. In der Bevölkerung wuchs die Unzufriedenheit mit der Regierung und nun auch mit den gemäßigt-linken Parteien, die sie unterstützten.

Nutznießer dieser Entwicklung waren die Bolschewiki, der radikale Flügel der russischen Sozialdemokratie, die sich später Kommunisten nannten. Als einzige größere Partei unterstützten sie die Forderungen der Massenbewegungen kompromisslos. Anfang Juli 1917 entlud sich die angespannte Lage in massenhaften Demonstrationen in Petrograd. Während bolschewistische Basisorganisationen diese Aktionen unterstützten, hielt die Parteiführung deren Zeitpunkt für verfrüht. Sie hatte auch die Demonstrationen nicht organisiert, stellte sich aber dann dennoch an die Spitze. Von einem „Aufstand der Bolschewiki“ oder einer „Generalprobe für den Oktober“ kann also keine Rede sein. Nach der Niederschlagung wurden viele ihrer Aktivist\*innen verhaftet oder mussten in den Untergrund gehen. Die Popularität der Bolschewiki stieg. Ihr Ansehen erhöhte sich weiter, nachdem der Oberbefehlshaber der russischen Truppen, General Lev G. Kornilov, Ende August einen Putschversuch unternommen hatte, um „Autorität und Ordnung“ wiederherzustellen. Um Herr der Lage zu werden, musste die Provisorische Regierung die Hilfe der Bolschewiki und ihrer Anhänger\*innen in Anspruch nehmen. Die Regierung genoss kaum noch Vertrauen, während sich in den Sowjets, die sich in ganz Russland gebildet hatten, in raschem Tempo, wenngleich nicht konfliktfrei, die Mehrheitsverhältnisse zugunsten der Bolschewiki zu wandeln

begannen (Rabinowitch 2012; Aust 2017: 125ff.; Grohmann/Haumann/Rappmann 1979: 17ff.).

Die Bolschewiki waren 1917 eine verhältnismäßig demokratische Partei, nicht mehr die Splitterpartei von Berufsrevolutionär\*innen, wie sie sich in der Illegalität und im Exil herausgebildet hatte. Nach der Volkserhebung im Februar waren zahlreiche neue Mitglieder in die Partei eingetreten. Bis zum Herbst 1917 wuchs die Mitgliederzahl von etwa 10.000 auf nahezu 400.000 Personen an und übertraf damit die der Menschewiki – des anderen Flügels der Sozialdemokratie –, die annähernd 200.000 zählten. Die größte sozialistische Partei blieben die vor allem in der Bauernschaft verankerten Sozialrevolutionäre mit rund einer Million Mitgliedern. Darüber hinaus gab es noch weitere kleinere Gruppierungen. In all diesen Parteien waren radikale und gemäßigte Kräfte vertreten. Deshalb kam es häufig zu vorübergehenden und wechselnden Bündnissen einzelner Teile quer zu den Parteien. Innerhalb der Bolschewiki wurden die Diskussionen über die politische Linie offen geführt, die Basisorganisationen in den Quartieren der Großstädte, in den Betrieben oder der Soldaten vertraten keineswegs immer die Meinung der Parteispitze. Und auch dort gab es genügend unabhängige Persönlichkeiten, sodass die Auseinandersetzungen vielfach zu unvorhergesehenen Ergebnissen führten (Rabinowitch 2012: XLIIIff.; Smith 2011: 35, 39f.).

Selbst Lenin war zwar eine der führenden Persönlichkeiten der Bolschewiki, aber keineswegs unumstritten. In manchen Abstimmungen erlitt er eine Niederlage, vielfach traf er auf massiven Widerstand. Nach der Niederschlagung des Kornilov-Putsches trat er dafür ein, sich mit den gemäßigten Sozialisten über die friedliche Weiterentwicklung der Revolution zu

einigen. Nachdem dieser Versuch gescheitert war, drängte er aus seinem Versteck zum Aufstand. Andere Mitglieder des Zentralkomitees waren dagegen. Die Arbeiterschaft in den Städten radikalisierte sich derweilen zusehends und drohte, die Bolschewiki „links zu überholen“. Inzwischen hatte auch der Petrograder Sowjet Lev D. Trockij zum Vorsitzenden gewählt, der erst im Juli 1917 den Bolschewiki beigetreten war. Ihm gelang es, die Voraussetzungen für den Aufstand zu schaffen. Unter seinem Einfluss bildete der Sowjet am 9. Oktober 1917 ein Militärisches Revolutionskomitee. Den Vorsitz übernahm ein Mitglied der Linken Sozialrevolutionäre, die sich von den Sozialrevolutionären wegen deren Zusammenarbeit mit der Regierung abgespalten hatten. Aufgabe des Komitees sollte es sein, die Revolution gegen alle Angriffe zu verteidigen.

Hinter diesen Beschluss konnte das Zentralkomitee der Bolschewiki nicht zurückfallen. Folgerichtig stimmte es am 10. Oktober 1917 Lenin zu. Damit waren die Kontroversen aber nicht beendet; Lenins Widersacher brachten die Aufstandspläne sogar an die Öffentlichkeit. Doch dann eskalierte die Situation: Am 24. Oktober ging die Provisorische Regierung zum Angriff über, um den Zweiten Allrussischen Sowjetkongress zu verhindern. Sie verbot Zeitungen der Bolschewiki und gab Truppen den Befehl, strategisch wichtige Punkte in ihre Gewalt zu bringen. Diese verweigerten jedoch überwiegend den Gehorsam. Daraufhin besetzten bewaffnete Einheiten des Militärischen Revolutionskomitees, das weitgehend die Befehlsgewalt über die Petrograder Garnison an sich gebracht hatte, und der Bolschewiki in der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober die wichtigsten Gebäude der Stadt. Am frühen Morgen des 26. Oktober verhafteten sie die meisten Regierungsmitglieder (zur

Topographie des Umsturzes Schlögel 2017: 59ff.).

Der Oktoberumsturz war zwar keine Folge von Demonstrationen und eines Generalstreiks wie die Februarrevolution, sondern eine gezielte Aktion bewaffneter Arbeiter\*innen und Soldaten unter der Leitung von Bolschewiki und mit ihnen verbündeter Kräfte. Aber es war eine vorab in der Öffentlichkeit diskutierte Aktion, die unter dem Druck der Massenbewegungen zustande gekommen war, also keineswegs eine geheime Verschwörung, ein Putsch oder ein Staatsstreich.<sup>2</sup> Und unmittelbar nach dem Umsturz erfüllten der Zweite Allrussische Sowjetkongress und der provisorische Rat der Volkskommissare – die neue Regierung – die erwähnten zentralen Forderungen der Massenbewegung, zumindest auf dem Papier: mit dem Dekret über Grund und Boden, mit dem Dekret über den Frieden, mit der Deklaration über die Rechte der Völker Russlands, mit dem Dekret über die Arbeiterkontrolle. Auch die Verfassungsgebende Nationalversammlung wurde am 12. November 1917 gewählt und trat am 5. Januar 1918 zusammen. Allerdings waren vor allem auf dem Land die neuen Gegebenheiten noch gar nicht im Einzelnen bekannt. So erhielten die Sozialrevolutionäre die meisten Stimmen, ihre Spaltung hatte sich noch nicht überall herumgesprochen. Mit großem Abstand

---

2 Ein Staatsstreich zeichnet sich dadurch aus, dass er von Inhabern der Staatsgewalt oder Trägern staatlicher Funktionen, z.B. Offizieren, durchgeführt wird. Ein Putsch geht von einer kleinen Gruppe außerhalb des Staatsapparates aus und erfolgt in der Regel ohne vorherige Diskussion in der Öffentlichkeit. Vgl. Bayer/Wende 1995: 452, 520. Anders etwa Hildermeier 2017: 9: Er bezeichnet den Oktoberumsturz als Staatsstreich und Putsch.

folgten die Bolschewiki an zweiter Stelle. Als die Mehrheit der Versammlung es ablehnte, die ersten Dekrete der Sowjetmacht überhaupt zu beraten, löste die Regierung, eine Koalition von Bolschewiki und Linken Sozialrevolutionären, sie auf. Der Dritte Sowjetkongress erklärte im Januar 1918 das Land zur Sowjetrepublik (Haumann 2010: 325ff.).

Damit hatten die Bolschewiki und ihre Verbündeten die Brücken hinter sich abgebrochen. Im Grunde war die Entscheidung für den Versuch, eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten, schon gefallen, als die Koalitionsgespräche zwischen den Bolschewiki und den anderen sozialistischen Parteien am gegenseitigen Argwohn und an unerfüllbaren Forderungen scheiterten. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre verlangten, die Bolschewiki sollten den Aufstand rückgängig machen, die Arbeiter\*innen müssten sich den Truppen der Provisorischen Regierung ergeben, Lenin und Trockij dürften keinesfalls einer neuen Regierung angehören. Das war unannehmbar, ebenso wie umgekehrt ein Ultimatum der Bolschewiki zur vollständigen Anerkennung des Umsturzes. Lenin reagierte ohnehin unversöhnlich, weil er die Ablehnung seines Angebotes zur Zusammenarbeit nicht vergessen hatte. Am 2. November 1917 sprach die Mehrheit des Zentralkomitees in einem Beschluss erstmals von einer „sozialistischen Revolution“ und trat damit die Flucht nach vorn an. Selbst ein Rücktritt führender Bolschewiki, die eine breite Grundlage einer Sowjetregierung befürworteten, aus dem Rat der Volkskommissare und dem Zentralkomitee konnte keine Wende mehr erreichen (Grohmann/Haumann/Rappmann 1979: 38ff.; Pietsch 1969: 67ff.). Auch das damals unter Sozialisten und sogar innerhalb der bolschewistischen Partei erörterte Modell einer Verbindung von direkter Rätedemokratie

und repräsentativer parlamentarischer Demokratie war nun nicht mehr möglich. Ein solches Modell hätte auf den russischen Traditionen der lokalen und regionalen Selbstverwaltung aufbauen und diese mit einer gesamtstaatlichen Organisationsform kombinieren können (Koenen 2017: 771; Figs 2015: 122; vgl. Ulrich 2006). Was dann kam, entsprach zunächst nicht den Hoffnungen, wie sie in der Bevölkerung verbreitet waren. Die ersehnte Weltrevolution – und damit eine breite internationale Unterstützung – blieb aus (Albert 2017). Stattdessen folgten der Diktatfrieden von Brest-Litovsk, das Ausscheiden der Linken Sozialrevolutionäre aus der Regierung und ihr Konflikt mit den Bolschewiki, der zu ihrer Zerschlagung führte (Häfner 1994), der mehrjährige Bürgerkrieg mit zahlreichen Opfern und unvorstellbaren Grausamkeiten, mit „weißem und rotem Terror“, das militärische Eingreifen mehrerer ausländischer Mächte, ein dramatischer wirtschaftlicher Niedergang, Hunger und Seuchen, Elend und Not (Rabinowitch 2010; Narskij 2010).

## Anspruch und Wirklichkeit

Und doch blieben die Ideen von 1917 lebendig. 1918 entschied sich die Kommunistische Partei, wie sich die Bolschewiki seit diesem Jahr nannten, nach heftigen Diskussionen, den Sozialismus unmittelbar, ohne Umwege über (staats-) kapitalistische Formen, aufzubauen. Damit hatten sich die „linken Kommunisten“ durchgesetzt, die den Arbeiter „zum Subjekt der Organisation der Produktion und Arbeit“ machen wollten und verlangten: „Entweder werden Sozialismus und die sozialistische Organisation der Arbeit vom Proletariat aufgebaut, oder sie werden überhaupt nicht aufgebaut [...]“ (Osinskij 1967: 104, 110). Sie wollten bei der Verfügungsmacht der

Produzent\*innen über ihre Produktion und Produktionsmittel ansetzen, um die Welt zu verändern. Um diesen Anspruch symbolisch auszudrücken, der dann durch die Bürgerkriegszeit verzerrt worden sei, bürgerte sich für die folgende Periode der Begriff „Kriegskommunismus“ ein (Haumann 1975; 1973).

Mit zahlreichen Maßnahmen wurde versucht, so viel wie möglich von den ursprünglichen Absichten zu verwirklichen (Haumann 1973; 2010; Altrichter 1986; Altrichter/Haumann 1987). Ebenso war der Ansatz, an den Lebenswelten der Menschen anzuknüpfen, keineswegs verschwunden. Um ein Beispiel zu nennen: Zwar überwog nach dem Bruch mit den Linken Sozialrevolutionären und unter dem Druck des Bürgerkrieges die Auffassung, zur Versorgung der Bevölkerung seien die Lebensmittelprodukte der Bauern auch gewaltsam zu beschlagnahmen. Doch daneben liefen Bestrebungen weiter, in den Dörfern über Landsmannschaften von Fabrikarbeitern mit bäuerlicher Herkunft oder über „Sekten“ mit urchristlich-urkommunistischen Überzeugungen vom Gemeineigentum am Boden und von gemeinschaftlicher Produktion Verbündete für sozialistische Ziele zu gewinnen und ihnen nicht Konzepte „von außen“ überzustülpen (Müller 1987; Haumann 2012a: 166ff.; 1993).

Auch die Vorstellungen von politischer Autonomie und Selbstverwaltung gingen nicht völlig verloren. Einen bislang viel zu wenig gewürdigten Höhepunkt des Bestrebens, wieder zu den Ideen von 1917 zurückzukehren, bildete die Neunte Konferenz der Kommunistischen Partei 1920, zugleich ein Höhepunkt der innerparteilichen Demokratie, die es damals noch gab. Vorrechte für Parteimitglieder sollten abgeschafft, ein regelmäßiges Rotationssystem für die Funktionär\*innen eingeführt werden. Repressalien gegen Mitglieder, die

von der herrschenden Meinung abwichen, wurden untersagt und die innerparteiliche Kritik ermuntert; zu diesem Zweck gab man etwa ein besonderes Diskussionsblatt heraus (Daniels 1962: 144ff.; Haumann 1983: 678). Parallel dazu diskutierten kommunistische Oppositionsgruppen vor allem auf dem linken Flügel, aber auch andere politische Kräfte, wie denn eine „Selbstorganisation der Arbeiterklasse“, eine Demokratie der Produzent\*innen, eine Neubelebung der Sowjets oder eine Dezentralisierung der Staatsmacht erreicht werden könnten (Haumann 2010: 339ff.).

Aufgrund einer schweren Wirtschafts- und Hungerkrise 1921/22 brachen die weit gespannten Hoffnungen zusammen. So konnte das Meiste nicht verwirklicht werden, oder verkehrte sich sogar ins Gegenteil. Dennoch lohnt es sich, an die Utopien für eine zukünftige Gesellschaft zu erinnern: etwa eine voll elektrifizierte und automatisierte Wirtschaft, in der es keinen Hunger, kein Elend und keine Ausbeutung mehr gibt, eine Gesellschaft, die sich selbst verwaltet und ohne Staat auskommt, Ideen einer Weltgemeinschaft (Aust 2017: 219ff.; Albert 2017), ein allseitig gebildeter und gesellschaftlich engagierter „neuer Mensch“, die Überwindung des Todes oder die Eroberung des Kosmos (Haumann 2016: 139ff., 157ff.). Sie können uns noch immer anregen, selbst über die Gestaltung der Zukunft nachzudenken.

Damals standen einer Umsetzung der emanzipatorischen Ziele allerdings nicht nur die militärischen Erfordernisse des Bürgerkrieges und die dadurch begünstigten Tendenzen zur Zentralisierung und politischen Straffung entgegen, die die Unterdrückung von Gegnern einschloss. Wichtig war auch der „subjektive Faktor“. Bei den Spitzenfunktionär\*innen der Partei waren Prägungen aus der Zeit der Untergrundarbeit und des Exils vor der Revolution

spürbar. Der Druck ständiger Überwachung und Verfolgung, die Isolierung in kleinen Gruppen, abgeschnitten von fundierten Informationen, die revolutionäre Ungeduld, endlich die gesellschaftlichen Verhältnisse umstürzen zu können, die Enge, unter der die Diskussionen geführt werden und die Vorbereitungen für die Aktivitäten laufen mussten, brachten es mit sich, verbohrt auf dem eigenen Standpunkt zu beharren, kleinlich und rechthaberisch zu streiten, misstrauisch andere zu beobachten – es könnte ja ein Spitzel darunter sein –, schließlich Entscheidungen in einem kleinen Kreis von Vertrauten zu fällen und dann von oben nach unten durchzusetzen (Haumann 2016: 55ff.). Die Denk- und Verhaltensweisen, die sich dabei herausbildeten, begünstigten es nicht, auf die vielfältigen Lebenswelten der Menschen in Russland einzugehen sowie demokratischen Entscheidungsprozessen von unten nach oben mit Offenheit, Reflexion und Anerkennung anderer Standpunkte oder gar deren Übernahme den Vorrang zu geben.

Als mindestens ebenso wichtig erwies es sich, dass die Massenbasis für die Unterstützung der Ziele nicht mehr vorhanden war (vgl. Kasakow 2017). Im Laufe des Jahres 1917 hatten die Lösungen der Bolschewiki breiten Anklang gefunden, und unmittelbar nach dem Oktoberumsturz hatte sich ein deutlicher Schwung für einen raschen Aufbau des Sozialismus entfaltet. Doch in den folgenden Jahren bröckelte die Unterstützung. Viele Menschen waren enttäuscht, dass die neue Gesellschaft auf sich warten ließ und stattdessen der Alltag immer trostloser wurde. Andere waren gerade von diesem Alltag erdrückt, sodass sie gar nicht mehr an Utopien denken konnten. Vor allem jedoch war ein Großteil derer, die sich bewusst für die revolutionären Ziele eingesetzt hatten, im Bürgerkrieg oder durch Seuchen umgekommen (Aust 2017:

196ff.; Haumann 1974: 41ff., 143ff., 182ff.; 1983: 691). Von den „neuen Menschen“, deren Bewusstsein und Tatkraft notwendig waren, gab es noch viel zu wenige (vgl. Adamczak 2017).

Lenin stellte Ende 1920 fest, „dass unser Staat ein Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen ist“ (LW 32: 7). Und Aleksandra M. Kollontaj legte – wie viele andere aus den innerparteilichen Oppositionsgruppen – 1921 den Finger in die Wunde, wenn sie schrieb, dass die Arbeiter\*innen nicht mehr das Rückgrat des Sowjetstaates bilden und in immer geringerem Maße die Politik bestimmen würden. Der entstandene bürokratische Apparat und der „Geist des Bürokratismus“ förderten „Obrigkeitsdenken und Funktionärskult“ statt Eigeninitiative. Diese sei notwendig, damit die Produzent\*innen selbst die neue Gesellschaft und damit den Sozialismus aufbauen könnten (Kollontaj 1967: 235). Verbunden damit war die Frage, wie vor diesem Hintergrund die wirtschaftlichen Probleme gelöst werden sollten. Während des „Kriegskommunismus“ war die Sowjetmacht zum „Schuldner der Bauern“ geworden, wie sich Lenin 1920 ausdrückte (LW 31: 502). Dieser mit Gewalt verbundene nicht-äquivalente Austausch zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Gütern, zwischen Stadt und Land, sollte in äquivalenten Warenaustausch übergehen und schließlich, wenn der Kommunismus erreicht sei, in einen „unmittelbaren Produktaustausch“ münden (Haumann 1973: 792ff.; 1974: 196ff.). 1921 mussten sich die Bolschewiki eingestehen, dass diese Konzeption gescheitert war (vgl. LW 33: 76f.). Man musste nun einen Umweg zum Sozialismus einschlagen, aber die Kernfragen blieben bestehen: Auf welcher sozialen Grundlage sollten Gesellschaft und Staat errichtet und wie sollte das Verhältnis zwischen Stadt und Land gestaltet werden?

Die internationale Einkreisung der Sowjetrepublik wie die skizzierten inneren Bedingungen förderten ein Denken, sich in einer „belagerten Festung“ zu befinden, aus der man sich nur unter Einsatz aller Mittel befreien könne (LW 28: 62; Kritzman 1971: 122f.; Haumann 1983: 627, 643, 660, 706). Damit stellt sich auch die Frage nach der Gewalt, die mit der Revolution einherging. Lesen wir den 1929 erstmals veröffentlichten und vor kurzem wiederentdeckten Roman des ehemaligen Sozialrevolutionärs Michail Ossorgin *Eine Straße in Moskau*, so liegt es nahe, in der Erschießung von Unschuldigen während des Bürgerkrieges die Wurzel des Übels zu sehen, von den Idealen der sozialistischen Revolution abzuweichen. Die Macht kehrte wieder, „zugeknöpft in Uniformmantel und Lederjacke“ (Ossorgin 2016: 323).

Ursprünglich traten Bolschewiki durchaus auch für Andersdenkende ein. Ein Beispiel ist Lev D. Trockij: Im Juli 1917 hatte er Viktor M. Černov, den Führer der Sozialrevolutionäre und Minister in der Provisorischen Regierung, unter Einsatz seines Lebens vor der Wut demonstrierender Matrosen gerettet. Anfang Januar 1918 wurden jedoch zwei ehemalige Minister, die verhaftet worden waren und krank im Gefängnis Krankenhaus lagen, Opfer einer Lynchjustiz. Selbst die Entrüstung Lenins über die Tat konnte nicht verhindern, dass in der radikalisierten, aufgeheizten Atmosphäre der Prozess gegen die Mörder niedergeschlagen wurde. Das konnte als indirekte Billigung des Verbrechens verstanden werden (Haumann 2016: 86). So sah es auch der Volkskommissar für das Justizwesen in der Koalitionsregierung von November 1917 bis März 1918, der Linke Sozialrevolutionär Isaak Z. Štejnberg. Er hatte bereits nach der Februarrevolution die wachsende Gewaltbereitschaft, die „Akte politischer Selbstjustiz“, beklagt.

Im Amt versuchte er nachdrücklich, dieser Entwicklung nach der Oktoberrevolution, willkürlich Rache und Vergeltung zu üben, Einhalt zu gebieten, fand jedoch kaum Gehör (Steinberg 1981: 30; Wallat 2013). Später blieb es nicht bei solchen Einzelfällen.

## Die Bedeutung der Gewalt

In Boris Pasternaks berühmtem Roman „Doktor Živago“ erklärt Jurij Živago, der zunächst mit der Revolution sympathisierte: „Meine Haltung ist durchaus revolutionär, aber heute denke ich, dass man mit Gewaltanwendung überhaupt nichts erreicht. Zum Guten muss man durch Gutes geführt werden“ (Pasternak 1958: 311; vgl. Guski 2007: 422f.). Viele Menschen empfanden die von der Staatsmacht geduldete oder gar geförderte Gewalt als einen Bruch mit den revolutionären Zielen. Die Bolschewiki hatten kein konkretes Konzept, welche Rolle die Gewalt beim Aufbau der neuen Gesellschaft spielen sollte. Der Rechtsstaat galt ihnen als eine „bürgerliche“ Errungenschaft, und sie sahen offenbar nicht, wie notwendig erst einmal die Verfestigung rechtsstaatlicher Normen war, um auf dieser Grundlage ein neues, sozialistisches Rechtssystem zu errichten. Auf Vorhaltungen, die Bolschewiki sollten der Willkür ein Ende setzen, dem Recht Geltung verschaffen und nicht „den Sozialismus durch Abwürgen der Freiheit“ einführen (Korolenko 1993: 71), verwiesen führende Kommunisten darauf, dass die Verhältnisse dies nicht zuließen. Man sei keineswegs blutgierig (ebd.: 124f., 122) und „unserem Ideal nach gegen jede Gewaltanwendung gegenüber den Menschen“ (Gorki 1973: 53f., vgl. 45f.). Aber unter den gegebenen Umständen könne man nicht großmütig sein, sondern müsse zuschlagen. Wenn sich die Verhältnisse gebessert hätten, werde man zu den ursprünglichen Zielen zurückkehren (vgl. Trotzki 1924).



Doch das Rad ließ sich nicht einfach zurückdrehen. Die Bolschewiki orientierten sich an Marx' Einschätzung: „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht“ (MEW 23: 779). Die Verantwortlichen im Partei- und Staatsapparat ließen deshalb der Gewalt zunächst weitgehend ihren Lauf, in der Erwartung, dadurch würden nicht nur Gegner der Revolution eingeschüchtert oder ausgeschaltet, sondern auch die alten Strukturen zerstört. In diesem Rahmen gingen dann auch die neuen Behörden gegen tatsächliche oder vermutete Gegner der Revolution vor. Nach wie vor gab es allerdings keine einheitliche Linie (vgl. Lorenz 1967; Haumann 1983: 595ff.; 2010: 342). Vorstellungen einer gewaltlosen und einer friedlichen Entwicklung der Revolution finden sich nebeneinander. Auch während des „Kriegskommunismus“, des Bürgerkrieges und der bewaffneten Auseinandersetzungen auf dem Land, als staatliche Kommandos Getreide beschlagnahmten und die Bäuerinnen und Bauern zunehmend Widerstand leisteten, gab es immer wieder Versuche, willkürliche Gewalthandlungen zu unterbinden und regelte Verfahren einzuführen (z.B. Tschudi 2004: 82). Aber insgesamt wurde das Problem nicht ernst genug genommen, die Befürworter eines Weges, weniger mit Gewalt als durch eine gesellschaftlich breit verankerte Politik den Sozialismus aufzubauen, konnten sich nicht durchsetzen. Der Zerfall staatlicher Ordnung bereitete den Weg für Vorstellungen, nur durch eine „harte Hand“ könne das Land regiert werden.

Darüber hinaus blieben die Gewalterfahrungen der Kriege nicht folgenlos: Mit Erstem Weltkrieg, Bürgerkrieg und ausländischen Interventionen, Bauernaufständen und Kronstädter Aufstand bestimmten kriegerische Vorgänge ununterbrochen

zwischen 1914 und 1921 die Lebenswelten der Menschen. Die Rote Armee diente auch als Instrument der Erziehung, Disziplinierung und „Zivilisierung“ vor allem bäuerlicher Massen, als Mittel der Propaganda, Popularisierung von Wissen und Aufklärung. All dies bewirkte eine Militarisierung beinahe aller Lebensbereiche. Nachdem schon die Gesellschaft im Zarenreich in hohem Maße von Zwang und Unterdrückung bestimmt gewesen war, ergriff nun das Gewalthafte mehr und mehr Besitz von einem Großteil der Bevölkerung (vgl. Kuhr-Korolev/Plaggenborg/Wellmann 2001; Popoff 2010).

Immer wieder gab es Ansätze, die dieser Tendenz entgegenliefen. Es führte kein geradliniger Weg in den Stalinismus. Die zahlreichen Alternativen zur durchgesetzten Politik scheiterten in der Regel nicht, weil sie unrealistisch waren, sondern weil sie in der jeweiligen Situation nicht angemessen schienen. Das gilt für die Bereitschaft führender Bolschewiki, die Macht wieder abzugeben, wenn keine Regierung sämtlicher sozialistischer Parteien zustande komme oder wenn die Sowjetmacht in einem revolutionären Krieg gegen das Deutsche Reich – statt den demütigenden Friedensvertrag zu unterschreiben – eine Niederlage erleide. Das gilt für die Forderungen der linkskommunistischen Oppositionsgruppen, wieder zu den Ideen von 1917 zurückzukehren und den Bürokratismus abzubauen – Forderungen, die in unterschiedlichen Konstellationen von 1918 bis 1929 erhoben wurden. Ebenso gilt dies für die vielen Vorschläge, eine „friedliche“, demokratische Entwicklung hin zum Sozialismus einzuschlagen, eine offene Kulturpolitik oder eine andere Wirtschaftspolitik zu betreiben, bis hin zu alternativen Konzepten einer Kollektivierung gegen Ende der 1920er Jahre (Haumann 1983; 2010: 336ff.).

Aber im Konfliktfall setzten die Bolschewiki häufig auf Gewalt. Eigentlich hatten die Bolschewiki – wie die gesamte Sozialdemokratie – auf einen langen Kampf, auf die Massenbewegung, auf Aufklärung und auf Parteien gesetzt (Haumann 2010: 272ff.). Die Neigung zur gewaltsamen Konfliktlösung wurde jedenfalls durch die erwähnten Prägungen im Exil und im Untergrund begünstigt. Schnell waren die Bolschewiki somit bei der Hand, Andersdenkende als die „Anderen“, als „Konterrevolutionäre“ zu erklären, die als Feinde bekämpft werden müssten. Obwohl einige Bolschewiki immer wieder in kritischen Situationen fähig waren, sich auf die Wünsche großer Teile der Bevölkerung einzustellen, ihre Politik zu ändern und auch ihre theoretischen Anschauungen entsprechend anzupassen, verwandelte sich die Überzeugung, die Vernunft und die Wissenschaft auf ihrer Seite zu haben, allmählich in einen „Mythos von der eigenen Unfehlbarkeit“, wie sich Jurij Živago ausdrückt. Damit kehrten die „Machtmenschen [...] der Wahrheit den Rücken“ (Pasternak 1958: 309). Und im Rückblick lässt Boris A. Pil'njak, ein revolutionärer Schriftsteller, aber Gegner der kommunistischen Macht, in seinem Roman *Der Salzspeicher* einen verbannten Revolutionär die zukünftige Gesellschaft mit den Worten schildern: „Alle werden Genossen sein, und alle, die das anfangs nicht wollen, die sperren wir ins Irrenhaus [...]“ (Pil'njak 1993: 102). Dies traf im Kern durchaus eine verbreitete Gesinnung, die sich auch in praktisches Handeln umsetzte.

## Die Analogie zur Französischen Revolution

Es gab kein Vorbild einer sozialistischen Revolution, auf das sich die Bolschewiki stützen konnten. Fast schon schematisch

orientierten sie sich vielfach bei ihren Maßnahmen während des „Kriegskommunismus“ an noch sehr skizzenhaften Überlegungen von Marx zur Gestaltung der zukünftigen Gesellschaft (MEW 19: 18ff., 28; Grohmann/Haumann/Rappmann 1982: 90ff.). Das traf sich mit ihrem Anspruch, Politik wissenschaftlich zu begründen, und beinhaltete die Vorstellung, man könne Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte feststellen. Deshalb setzten führende Bolschewiki die Ereignisse in eine Beziehung zur Französischen Revolution sowie zur Pariser Commune von 1871, die Frankreich in einen Bund souveräner Gemeinden hatte umwandeln wollen – etwa Lenin in der 1917 verfassten, Fragment gebliebenen Schrift *Staat und Revolution* (LW 25: 393ff.).<sup>3</sup>

Mit der Hinwendung zu den französischen Revolutionen als Bezugspunkt und Bestätigung ging unter den Bolschewiki auch die Meinung einher, Gewalt gegen die Gegner der Revolution sei nicht zu vermeiden, während es gleichzeitig darauf ankomme, einer Fehlentwicklung der Revolution, die deren Ziele in ihr Gegenteil verkehre und die „permanente Revolution“ verhindere, rechtzeitig entgegenzuwirken. Die Abläufe von der Februar- zur Oktoberrevolution verglich man mit den Geschehnissen in Frankreich – von der Volksrevolution mit dem Sturm auf die Pariser Bastille am 14. Juli 1789 über den Zug der Frauen nach Versailles am 6. Oktober desselben Jahres, über den Sturz der gemäßigten Girondisten 1793 bis zur

3 Am 74. Tag nach der Oktoberrevolution soll er vor dem Petrograder Winterpalast vor Freude getanzt haben, weil damit die Dauer der Commune überschritten war – für ihn ein Zeichen, dass der Sozialismus in Russland tatsächlich eine Zukunft habe (Ross 2016: 395).

Herrschaft der radikalen Jakobiner und den Aktivitäten der Sansculotten. Der folgende *terreur* Maximilien Robespierres und seiner Anhänger\*innen, dem unzählige Menschen zum Opfer fielen, erschien als notwendiger Bestandteil des revolutionären Prozesses. Entsprechend wurde die „Diktatur des Proletariats“ in Russland als Übergangsphase zur Sicherung der neuen Ordnung verstanden. Deshalb sah man es fast als historisch zwingend an, zum Mittel des „roten Terrors“ zu greifen (Trotzki 1990: u.a. 49f., 64; vgl. Kautsky 1919).

Die Analogie ging noch weiter: Am 9. Thermidor (dem „Hitzemonat“) des Jahres II nach revolutionärem Kalender<sup>4</sup>, also am 27. Juli 1794 nach der üblichen Zeitrechnung, wurden Robespierre und damit die Jakobinerherrschaft gestürzt. Die Bolschewiki betrachteten dies als den Wendepunkt der Revolution, dem die Reaktion und blutige Racheakte an den zuvor Herrschenden folgten. Am 9. November 1799, dem 18. Brumaire (dem „Nebelmonat“) des Jahres VIII, kam Napoleon Bonaparte an die Macht. 1804 krönte er sich zum Kaiser der Franzosen, ganz Europa wurde in dieser Zeit bis 1815 von Kriegen überzogen. Am 2. Dezember 1852 beendete Napoleon III. mit einem Staatsstreich, sozusagen in einer Wiederholung des „18. Brumaire“, die Revolution von 1848 in Frankreich.

Viele Bolschewiki kannten Karl Marx' Analyse dieser Vorgänge, die er mit der berühmten Formulierung eingeleitet hatte, „alle großen weltgeschichtlichen Ereignisse und Personen“ ereigneten „sich sozusagen

zweimal [...]: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce“ (MEW 8: 115). Einen „Thermidor“ und einen „Brumaire“ der Russischen Revolution wollten sie mit allen Mitteln verhindern. Mehrfach wurde erörtert, ob nicht die Krisen in der Geschichte der jungen Sowjetmacht jeweils ihren „Thermidor“ einleiten könnten. Und selbst innerhalb der bolschewistischen Führungsspitze wurde jedes Anzeichen misstrauisch beobachtet, das darauf hindeuten konnte, jemand strebe nach der Alleinherrschaft, nach neuem Bonapartismus.

Derartige Verdächtigungen trafen zunächst Trockij, der in der Bevölkerung und insbesondere unter den Soldaten der Roten Armee als Sieger im Bürgerkrieg, als glänzender Redner und Visionär beliebt war, jedoch viele Parteigenoss\*innen vor den Kopf stieß, weil er sie seine intellektuelle Überlegenheit spüren ließ und zu einsamen Entscheidungen neigte. Als er sich 1927 gegenüber konstruierten Anschuldigungen verantworten musste, die dann zu seinem Parteiausschluss führten, befürchtete er, dass in der Sowjetunion in Analogie zur Französischen Revolution die Erschießung der „alten Revolutionäre“ vorbereitet werde, und zwar im „thermidorianischen Kapitel“ (Deutscher 1962: 331). Später interpretierte er den sowjetischen „Thermidor“ als „bürokratische Reaktion“ unter Stalins Führung und als „Vernichtung der Revolutionäre im Namen der Revolution“ (Trotzki 1971: 233, 244, 246; vgl. 1968). Mit Stalins Alleinherrschaft und dem mit seinem Namen verbundenen Terror – sein Höhepunkt wurde 1937 erreicht (Schlögel 2008) – fielen, folgt man dieser Vorstellungswelt, „Thermidor“ und „Brumaire“ zusammen.

Dieses oft schematische Denken in Gesetzmäßigkeiten und historischen Analogien, verbunden mit dem Bewusstsein,

4 1793, nach Verabschiedung der republikanischen Verfassung, wurde ein neuer Kalender mit veränderten Monatsnamen und einer anderen Zählung eingeführt, der rückwirkend am 22.9.1792 begann. Napoleon schaffte ihn Ende 1805 wieder ab.

die wissenschaftlich begründete „richtige“ Einsicht zu besitzen, versperrte vielfach den Blick auf die tatsächlichen Zusammenhänge. Einzelne Erfolge wurden überbewertet, die sich vertiefende Kluft zwischen Ansprüchen und Erreichtem hingegen unterschätzt. Die Menschen, die die Revolution 1917 begrüßt oder zumindest mit verhaltenen, abwartenden Hoffnungen in die Zukunft geblickt hatten, wünschten sich Frieden, Ruhe, genügend Land und eine zusätzliche Kuh zur Sicherung der eigenen Existenz, ausreichend zu essen und eine angemessene Wohnung. Die Elektrifizierung sollte ihnen Licht und Arbeits erleichterung bringen – die Visionen der Kommunist\*innen waren ihnen zu weit entfernt. Je weiter die Lebensbedingungen der breiten Masse der Bevölkerung und die Zukunftsutopien der Kommunisten auseinanderklaffen, desto rascher neigte ein Großteil der Bolschewiki dazu, Gewalt einzusetzen (Haumann 2012b). Die Utopien verkamen zu schönen Versprechungen.

### Was bleibt von der Russischen Revolution?

Die Vorgänge von Februar bis Oktober 1917 in Russland bildeten einen Prozess revolutionären Wollens, der sich aus den Lebenswelten der Menschen entfaltete, im Laufe des Jahres radikalisierte und zu zwiespältigen Folgen führte. Die Ideen, die sich in der Revolution äußerten, verbreiteten sich über die ganze Welt. So wie die Französische Revolution trotz aller negativen Auswirkungen für uns heute noch ein Bezugspunkt für das Streben nach Freiheit und Menschenrechten ist, wird die Russische Revolution als ein Bestandteil dieses Strebens nach einer gerechten und besseren Welt lebendig bleiben. Revolutionen versprechen allerdings in der Regel mehr, als sie einlösen können. Deshalb ist

die Erinnerung an die Russische Revolution auch verbunden mit der Trauer um die Opfer, die sie forderte, um das Leid, das sie brachte, und um das Scheitern der Erwartungen, die sie geweckt hatte (vgl. Heller 2015: 239f.).

Bis heute sind die Forderungen nach ausreichender Ernährung, nach einer gerechten Landverteilung, nach Frieden und Freiheit, nach Autonomie, Mitbestimmung und Selbstverwaltung, nach einer Verbindung von moderner Technik und sozialer Politik sowie nach einer Überwindung der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft zeitgemäß. Deshalb müssen wir uns mit der Russischen Revolution beschäftigen. Sie ist eine der entscheidenden Voraussetzung für den Verlauf der Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. Wir müssen uns damit beschäftigen, um an vielen Ideen, Visionen, Konzeptionen und Maßnahmen anknüpfen zu können, die nach wie vor aktuell sind (Haumann 2012a: 171). Dazu gehört auch, danach zu fragen, welche Alternativen durchaus realistisch waren, aber nicht verwirklicht wurden, und einen anderen Weg der Entwicklung eröffnet hätten, hingegen wegen der jeweiligen situativen Bedingungen keinen Erfolg hatten. Weiter müssen wir uns mit der Russischen Revolution beschäftigen, um zu fragen, warum sich die Hoffnungen vieler Menschen, die mit ihr verbunden waren, nicht erfüllten, warum sie scheiterte, so viele Opfer forderte und so viel Leid brachte. Wir müssen uns damit beschäftigen, um die Mechanismen offenzulegen, wie die revolutionären Ziele und Ideale, die sich mit den Bedürfnissen des überwiegenden Teils der Bevölkerung deckten, in eine Politik von Gewalt und Unterdrückung umschlagen konnten. Auch aus dem Scheitern können wir lernen.

Darüber hinaus vermag nach wie vor zu faszinieren, zu welcher Begeisterung,

zu welchem Einsatz und zu welchen Zukunftsvorstellungen Menschen fähig sind. Weiter erkennen wir, wie vielschichtig die Lebenswelten und die Verhältnisse, aber auch die Sichtweisen der damals Aktiven waren – und dass es deshalb nicht verwundert, wenn heute ebenfalls die Beurteilungen der Revolution sehr unterschiedlich ausfallen. Geschichte setzt sich aus vielen Fragmenten und Wahrnehmungen zusammen. Die Bolschewiki können nicht von vornherein als Verbrecher abqualifiziert werden. Doch im Nachhinein ist festzustellen, dass gerade ihre Unterschätzung des Problems der Gewalt, ihre Neigung zur übermäßigen Zentralisierung von Macht und zu hierarchischen Entscheidungsprozessen wichtige Voraussetzungen für das spätere System des Stalinismus schufen. Das bedeutet nicht zuletzt: die Entwicklung der Revolution zeigt anschaulich, dass oft etwas anderes als „das Gewollte“ (Engels, MEW 21: 296f.) herauskommt, etwas anderes, als die Revolutionäre beabsichtigt hatten.

Die Sozialist\*innen und Kommunist\*innen in Russland wollten eine freie Gesellschaft freier Menschen erreichen, eine „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ – wie sie Marx und Engels vorschwebte (MEW 4: 482). Das bedeutete, eine solidarische Gesellschaft anzustreben, in der die Menschen miteinander und füreinander in „wechselseitiger Anteilnahme“, also in einer neuen, egalitär-partizipatorischen Lebensform, tätig sind. Sie stünden untereinander in einer sozialen Beziehung, aber auch mit allem, auf das sie in ihrer Lebenswelt treffen würden (Honeth 2017: 48, vgl. 132, 144, 166; Adamczak 2017: bes. Teil 3; Haumann 2012a). Der Weg dorthin ist noch offen. In der Russischen Revolution konnten sich diese ursprünghchen Ideen nicht durchsetzen,

obwohl sie immer wieder als Kern des Sozialismus bezeichnet wurden. Wäre es unter anderen Verhältnissen gelungen? Wir wissen es nicht. Die Russische Revolution zeigt jedenfalls, dass die Spannbreite zwischen den Ansprüchen der Revolutionäre und den Erwartungen der Menschen, um die es geht, zu groß war. Und sie zeigt weiter: Im Einsatz von Gewalt gegen Oppositionelle und Andersdenkende lag der Keim des Scheiterns. Wenn also nach Wegen zur Veränderung der Gesellschaft gesucht wird, dann bedarf es – nach den Erfahrungen der Russischen Revolution – einer überzeugenden Strategie, die Wünsche, Bedürfnisse, Hoffnungen und Sehnsüchte der Menschen aufzugreifen, und es bedarf einer überzeugenden Strategie der Gewaltlosigkeit. Die Beschäftigung mit der Geschichte der Russischen Revolution mag uns lehren, wie das möglich sein könnte.

## Literatur

- Adamczak, Bini (2017): *Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende*. Berlin.
- Albert, Gleb J. (2017): *Das Charisma der Weltrevolution. Revolutionärer Internationalismus in der frühen Sowjetgesellschaft 1917-1927*. Köln.
- Altrichter, Helmut (2017): *Russland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst*, 2. Aufl. Paderborn.
- (Hg.) (1986): *Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod*. Bd. 1: *Staat und Partei*. München.
- /Haumann, Heiko (Hg.) (1987): *Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod*. Bd. 2: *Wirtschaft und Gesellschaft*. München.
- Aust, Martin (2017): *Die Russische Revolution*. München.
- Bayer, Erich/Wende, Frank (1995): *Wörterbuch zur Geschichte. Begriffe und Fachausdrücke*, 5. Aufl. Stuttgart.
- Daniels, Robert Vincent (1962): *Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in Sowjetrußland*. Köln-Berlin.

- Deppe, Frank (2017): *1917–2017. Revolution & Gegenrevolution*. Hamburg.
- Deutscher, Isaac (1962): *Trotzki. Bd. 2: Der unbewaffnete Prophet. 1921–1929*. Stuttgart.
- Figes, Orlando (2015): *Hundert Jahre Revolution*. München.
- Gorki, Maxim (1973): *W. I. Lenin*. Moskau.
- Grohmann, Martin/Haumann, Heiko/Rappmann Gabriele (1982): *Grundlagen des Marxismus. Marx, Engels, Lenin*. Hannover.
- (1979): *Wirtschaft und Gesellschaft in der Sowjetunion. Oktoberrevolution, Stalinismus und Gegenwart*. Hannover.
- Guski, Andreas (2007): Boris Pasternak: Doktor Živago. In: Zelinsky, Bodo (Hg.): *Der russische Roman*. Köln: 406–425, 545–550.
- Häfner, Lutz (1994): *Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre in der Russischen Revolution von 1917/18*. Köln.
- Haumann, Heiko (1973): Die russische Revolution und ihre ersten Versuche sozialistischer Wirtschaftspolitik. Materialien 1917-1921. In: *Das Argument* 15(9/10): 768-803.
- (1974): *Beginn der Planwirtschaft. Elektrifizierung, Wirtschaftsplanung und gesellschaftliche Entwicklung Sowjetrusslands 1917-1921*. Düsseldorf.
- (1975): „Kriegskommunismus“ oder unmittelbarer Aufbau des Sozialismus? In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 23: 97-104.
- (1980): *Kapitalismus im zaristischen Staat 1906–1917. Organisationsformen, Machtverhältnisse und Leistungsbilanz im Industrialisierungsprozess*. Königstein.
- (1983): Sozialismus als Ziel: Probleme beim Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung (1918-1928/29). In: Schramm, Gottfried (Hg.): *Handbuch der Geschichte Russlands. Bd. 3. 1856-1945. Von den autokratischen Reformen zum Sowjetstaat*, 1. Halbbd. Stuttgart: 623-780.
- (1993): „Ich habe gedacht, dass die Arbeiter in den Städten besser leben.“ Arbeiter bäuerlicher Herkunft in der Industrialisierung des Zarenreiches und der frühen Sowjetunion. In: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 43(1): 42-60.
- (2010): *Geschichte Russlands*, Neuauflage, 2. Aufl. Zürich.
- (2012a): Revolutionen. Zum Zusammenhang von Lebenswelt und Geschichte. In: ders.: *Lebenswelten und Geschichte. Zur Theorie und Praxis der Forschung*. Wien: 159-180.
- (2012b): Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft und Praxis gewalthafter Verhältnisse. Offene Fragen zur Erforschung der Frühgeschichte Sowjetrusslands (1917-1921) [1994]. In: ders.: *Lebenswelten und Geschichte. Zur Theorie und Praxis der Forschung*. Wien: 245-266.
- (Hg.) (2016): *Die Russische Revolution 1917*, 2. überarbeitete und erweiterte Aufl.. Köln.
- Heller, Agnes (2015): Epilog – Hannah Arendts Platz im spätmodernen Denken. In: Gilcher-Holtey (Hg.): *Eingreifende Denkerinnen. Weibliche Intellektuelle im 20. und 21. Jahrhundert*. Tübingen: 229-240.
- Hildermeier, Manfred (2017): Die Russische Revolution und ihre Folgen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 67(34-36): 9-14.
- Honneth, Axel (2017): *Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung*. Erweiterte Ausgabe. Berlin.
- Kasakow, Ewgeniy (2017): Bewegung versus Avantgarde? Mythologie der linken Debatten über die Russische Revolution. In: *PROKLA* 47(2): 325-336.
- Kautsky, Karl (1919): *Terrorismus und Kommunismus. Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution*. Berlin.
- Koenen, Gerd (2017): *Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus*. München.
- Kollontaj, A.: Die Arbeiteropposition (1967 [1921]). In: Kool, Frits/Oberländer, Erwin (Hg.): *Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur*. Olten-Freiburg/Br.: 182-240.
- Korolenko, Wladimir (1993): *Ohne Freiheit keine Gerechtigkeit. Die Briefe an den Volkskommissar Lunatscharski (1920)*. Mit Texten zu Person und Schaffen Korolenkos von Anatoli Lunatscharski und Wladimir Bontsch-Brujewitsch. Übersetzung aus dem Russischen von Ernst Kuhn. Hg. von Michael Harms. Berlin.
- Kritzman, Leo N. (1971): *Die heroische Periode der großen russischen Revolution*, mit einer Einleitung von Heiko Haumann. Frankfurt/M.

- Kuhr-Korolev, Corinna/Plaggenborg, Stefan/Wellmann, Monica (Hg.) (2001): *Sowjetjugend 1917-1941. Generation zwischen Revolution und Resignation*. Essen.
- Lenin, W. I. (1955ff.) = LW: *Lenin Werke*. Berlin.
- Lorenz, Richard (1967): Wirtschaftspolitische Alternativen der Sowjetmacht im Frühjahr und Sommer 1918. In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 15: 209-236
- Luxemburg, Rosa (1968): *Politische Schriften*. 3 Bde. Hg. von Ossip K. Flechtheim. Bd. 3. Frankfurt/M-Wien.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1956ff.) = MEW: *Marx-Engels Werke*, Berlin.
- Müller, Eberhard (1987): Opportunismus oder Utopie? V. D. Bonč-Bruevič und die russischen Sekten vor und nach der Revolution. In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 35: 509-533.
- Osinskij, N. (1967): Über den Aufbau des Sozialismus [1918]. In: Kool, Frits/Oberländer, Erwin (Hg.): *Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur*. Olten-Freiburg/Br.: 92-126.
- Ossorgin, Michail (2016): *Eine Straße in Moskau*. Roman. Aus dem Russischen übersetzt und hg. von Ursula Keller unter Mitarbeit von Natalja Sharandak, 2. Aufl. Berlin.
- Narskij, Igor' V. (2010): Der Russische Bürgerkrieg im Ural: Konstruierter Gründungsmythos und Besonderheiten kollektiven Vergessens (1917-1922). In: Haumann, Heiko/Happel, Jörn/Scheide, Carmen (Hg.): *Das Jahrhundert des Gedächtnisses. Erinnern und Vergessen in der russischen und sowjetischen Geschichte im 20. Jahrhundert*, o. O. (Olearius Press): 113-135.
- Pasternak, Boris (1958): *Doktor Schiwago*. Aus dem Russischen übertragen von Reinhold von Walter (Gedichte von Rolf-Dietrich Keil). Frankfurt/M.
- Pietsch, Walter (1969): *Revolution und Staat. Institutionen als Träger der Macht in Sowjetrussland 1917-1922*. Köln.
- Pilnjak, Boris (1993): *Der Salzspeicher*. Aus dem Russischen von Alfred Frank. Hg. von Dagmar Kassek. Leipzig.
- Popoff, Aglaia (2010): Russische Jugendliche in der Emigration (Zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts) und ihre individuellen Erinnerungen an den Bürgerkrieg: Gewalterfahrungen und Verarbeitungsstrategien. In: Haumann, Heiko/Happel, Jörn/Scheide, Carmen (Hg.): *Das Jahrhundert des Gedächtnisses. Erinnern und Vergessen in der russischen und sowjetischen Geschichte im 20. Jahrhundert*, o. O. (Olearius Press): 136-154.
- Rabinowitch, Alexander (2010): *Die Sowjetmacht. Das erste Jahr*. Essen.
- (2012): *Die Sowjetmacht. Die Revolution der Bolschewiki 1917*. Essen.
- Ross, Kristin (2016): Die Pariser Kommune – jenseits des „zellenartigen Regimes der Nationalität“. In: *Historische Anthropologie* 24(3): 376-395.
- Schlögel, Karl (2008): *Terror und Traum. Moskau 1937*. München.
- (2017): *Das sowjetische Jahrhundert*. München.
- Smith, Steve A. (2011): *Die Russische Revolution*. Stuttgart.
- Steinberg, Isaak (1981): *Gewalt und Terror in der Revolution. Das Schicksal der Erniedrigten und Beleidigten in der russischen Revolution*, 2. Aufl. Berlin.
- Trotzki, Leo (1924): *Fragen des Alltagslebens*. O. O. u. J. [Berlin].
- (1968): *Verratene Revolution*. Frankfurt/M.
- (1971): *Stalin*. Bd. 2. Hg. von Hartmut Mehringer. Reinbek.
- (1990): Terrorismus und Kommunismus. Anti-Kautsky. Hamburg 1920. In: Mende, Hans-Jürgen (Hg.): *Demokratie oder Diktatur?* Bd. 2. Berlin: 7-174.
- Tschudi, Daniela (2004): *Auf Biegen und Brechen. Sieben Fallstudien zur Gewalt im Leben junger Menschen im Gouvernement Smolensk 1917–1926*. Zürich.
- Ulrich, Jürg (2006): *Kamenev: Der gemäßigte Bolschewik. Das kollektive Denken im Umfeld Lenins*. Hamburg.
- Wallat, Hendrik (2013): *Oktoberrevolution oder Bolschewismus. Studien zu Leben und Werk von Isaak N. Steinberg*. Münster.